

Fünf Schulen zeigen der Stadtverwaltung die Rote Karte

Proteste gegen Streichung von Investitionen / 2150 Schüler, Eltern und Lehrer auf der Straße

Von Tammo Kohlwes
und Ulrich Meinhard



Die Demonstranten sparten bei ihren Protesten nicht an Fundamentalkritik. Foto: Hinzmann

Göttingen. Mehr als 2000 Schüler, Eltern und Lehrer hatten Redebedarf – und bekamen niemanden zum Reden. Mit Protestzügen quer durch Göttingen und einer Kundgebung direkt vor dem Neuen Rathaus haben die Demonstranten am Dienstagnachmittag ihrer Wut auf die Stadtverwaltung Luft gemacht. Der Grund: Den Schulen sollen Investitionen in Millionenhöhe für Modernisierungen und Erweiterungen gestrichen werden.

2150 Demonstranten, so die Schätzung der Polizei, kamen aus den Protestzügen von Hainberg-Gymnasium, Bonifatiuschule I, Herman-

Nohl-Schule, Otto-Hahn-Gymnasium und Brüder-Grimm-Schule zusammen – noch mehr als geplant. Es gehe ihr um Transparenz, sagte zum Beispiel Loredana Marasco. Die Politik fahre eine Hinhaltenaktik, kritisierte die zweifache Mutter. Vor dem Neuen Rathaus tauchte bei der Abschlusskundgebung kein Vertreter der Verwaltung auf – nach Redebeiträgen und lautstarken Sprechchören zogen die Demonstranten wieder ab.

Für jede der fünf Schulen, deren Elternräte zu dem Protest aufgerufen hatten, gab es konkrete Forderungen von den Demonstranten – zu meist die Umsetzung von Investitionen in Neubauten oder Modernisierungen. Die Bonifatiuschule I an der Bürgerstraße soll laut den Plänen der Verwaltung sogar nach Geismar umziehen. Das wäre das Ende der Schule, waren sich viele Eltern sicher – schließlich sei ihre Lage am Rande der Innenstadt ihr großer Vorteil, sagte Elke Kegelmann, die mit ihren Kindern beim Protest war.

Christian Trothe, Elternvertreter an der Boni I, warf der Stadtverwaltung schwere Versäumnisse vor: „Hier geht es nicht um Bildungspolitik, sondern um Immobilienspekulation.“ Der Verwaltung gehe es offenbar vorrangig um den Erlös aus dem Grundstücksverkauf an der Bürgerstraße und nicht um die Schüler. Dafür zeigten die Demonstranten der Verwaltung wiederholt symbolisch die rote Karte und skandierten: „Wir haben’s satt, rote Karte für die Stadt!“

Angus Kriegesmann, Elternvertreter am Hainberg-Gymnasium, forderte von der Verwaltung eine Begegnung auf Augenhöhe, um die Probleme der Schulen zu lösen. Man habe der Verwaltung vertraut, sagte Kathrin Körber, Elternvertreterin am Otto-Hahn-Gymnasium. Dieses Vertrauen müsse sich die Verwaltung nun erst wieder erarbeiten. Kerstin Otto, Elternvertreterin an der Herman-Nohl-Schule, fasste zusammen: „Wir fordern nachhaltiges und beständiges Investieren in die Schulen.“

Nicht bei der Verwaltung, sondern beim Rat der Stadt sah der ehemalige Ratsherr der Piratenpartei, Martin Rieth, die Verantwortung für die Unzufriedenheit an den Schulen. Die Verwaltung sei teilweise überlastet und ersticke in Arbeit: „Da weiß die linke Hand nicht, was die rechte tut.“ Arbeitnehmer, war Rieth sich sicher, hätten bei Raumsi-

tuationen wie an den Göttinger Schulen längst protestiert.

Die Demonstration sorgte für Behinderungen im Verkehr: Für den Protestzug des Otto-Hahn-Gymnasiums sperrte die Polizei kurzzeitig die Godehardstraße und die Berliner Straße. Während der Abschlusskundgebung am Neuen Rathaus war auf der Geismar Landstraße kein Durchkommen mehr. Autos und Busse wurden umgeleitet. Die Göttinger Verkehrsbetriebe waren mit vier Mitarbeitern vor Ort, die die Umleitungen für die Busse organisierten.

Zum Abschluss gab es Post für den Bürgermeister: Annegret Breitenbach und Monika Ahrend sammelten die roten Karten ein und warfen sie in den Briefkasten des Rathauses. „Wir beklagen immer den Werteverfall, und dann gehen wir so mit den Schulen um“, sagte Breitenbach. Die Stadt, hatte zuvor Schülervertreterin Charlotte Reese vom Hainberg-Gymnasium betont, sei in der Pflicht – eine Botschaft, die 2150 Demonstranten nachdrücklich überbracht haben.

Sie erreichen die Autoren per

E-Mail an t.kohlwes@goettinger-tageblatt.de und u.meinhard@goettinger-tageblatt.de.

Hier geht es nicht um Bildungspolitik, sondern um Immobilienspekulation.

Christian Trothe, Elternvertreter
der Boni I